

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erste teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir ohne Gewähr. Kabell. nach Tarif, der jedoch bei Nacht, Feiertagen, od. Konfusionen bisfällig mit. Verlagsort: Weinstadt, Gerichtsbezirk Nagold. Erscheinung wöchentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1,50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatz. Preis der Zeitung / Postkont. Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 377

Altensteig, Donnerstag den 26. November 1931

54. Jahrgang

Sitzung des Bundesausschusses des A. D. G. B.

Berlin, 25. Nov. Der Bundesausschuss des A. D. G. B. trat heute im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen, um zu der Erklärung des Reichskanzlers über die Verhandlungen des Wirtschaftsrates Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende Graßmann erklärte, der Wirtschaftsrat sei infolge seiner unparteiischen Zusammensetzung nicht in der Lage gewesen, Beschlüsse zu fassen. Die Leitfäden seien daher nur Folgerungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten des Wirtschaftsrates gezogen habe. Weder die Vertreter der Gewerkschaften, noch auch gewisse Vertreter anderer Wirtschaftskreise dächten daran, ihre Unterschrift unter diese Leitfäden zu setzen. Graßmann gab dann einen Bericht über die unvereinbaren sachlichen Gegensätze, die zutage getreten seien.

In der Aussprache wurde geltend gemacht, daß die Erklärung des Kanzlers sich nicht an die feierlichen Versicherungen halte, die er bei verschiedenen Gelegenheiten abgegeben hätte. Die Gewerkschaften aller Richtungen müßten daher jeder zweideutigen Haltung der Regierung ihren entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsrates seien eine einseitige Wiedergabe der Ansichten der Unternehmer. Eine Senkung der überhöhten Preise müsse ohne Lohnsenkung durchgeführt werden. Es wurde sodann einstimmig eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Anknüpfung der geschlichen 40-Stundenwoche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen. Der Abbau künstlich überhöhter Preise muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden, denn es habe sich als vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Das Einkommen der Arbeiterschaft ist in einem Maße gesunken, das nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit gefährdet. Der Bundesausschuss erhebt Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Masse noch weiter zu schwächen, sowie gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder in die Tarifverträge einzugreifen. Es wurden sodann noch zwei Resolutionen gefaßt, in denen sowohl gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit in den Bäckereien, als auch gegen einen Leistungsabbau in der Sozialversicherung Einspruch erhoben wird.

Englische Studenten gegen Versailles Vertrag

London, 25. Nov. Auf einem öffentlichen und in der Form englischer Parlamentsverhandlungen abgehaltenen Diskussionsabend der Studentenschaft der Universität Cambridge sprach der Staatssekretär a. D. v. Rheinbaben gegen die vorliegende Tagesordnung, wonach eine sofortige Revision des Versailles Vertrages eine schwere Gefahr für den europäischen Frieden bedeuten sollte. Sein Gegenüber war der bekannte Abgeordnete Swears. Die These Rheinbabens war, daß nicht nur als Mindestforderung Deutschlands für seine nationale Unabhängigkeit und Freiheit, sondern auch gerade im Interesse des allgemeinen Friedens folgende Revision des Versailles Friedensvertrages im Zuge der kommenden internationalen Verhandlungen erfolgen müsse: völliges Ende der Reparationen, gleiches Recht als Grundlag des Völkerrechts und der nationalen Sicherheit, Revision der Ostgrenzen. Nach eingehender Diskussion wurde auf Rheinbabens Antrag, der u. a. auch von einem deutschen Studenten in einem Referat formvollendet unterstützt worden war, die Resolution mit 253 gegen 36 Stimmen abgelehnt, d. h. die überwiegende Mehrheit der Cambridge Studenten erklärt sich mit der von dem deutschen Politiker wirkungsvoll vorgetragenen These einverstanden.

Reichsbankausweis vom 23. November

Berlin, 25. Nov. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. November 1931 hat sich in der dritten Novemberwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wecheln und Schecks, Lombards und Effekten um 120,8 Millionen auf 3876,9 Millionen verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 181,2 Millionen in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 12,7 Millionen auf 1176,1 Millionen Mark vermindert. In einzelnen haben die Goldbestände um 2,4 Millionen auf 1008,6 Millionen Mark abgenommen, die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 12,7 Millionen auf 167,5 Millionen Mark zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 27,5 Prozent gegen 26,7 Prozent in der Vormoede.

Immer noch Dsthilfe

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde die Aussprache über die Dsthilfe fortgesetzt.

Abg. Dr. Reutlinger (Z.) erkannte die beiden Ausgangspunkte der Notverordnung, den mitunter schon wegen geringer Beträge der Konsumgüter ausgelegten Betrieben zu helfen und die für die Volksernährung notwendigen Maßnahmen zu treffen, als durchschlagende Gesichtspunkte an. Das Zentrum werde der Reichsregierung auf dem Wege folgen, den sie mit der Notverordnung beschritten habe.

Abg. von Biemarck (Dnt.) erklärte, der bisherige Erfolg in der Dsthilfe sei sehr gering gewesen. Der Redner trat dann Versicherungen der Linkspresse entgegen, daß die Dsthilfe nur dem überwiegend verschuldeten Großgrundbesitz zugute komme. An Hand des von der Oststelle herausgegebenen Materials legte er dar, daß der ebenso gefährdete Kleingrundbesitz bisher mehr aus der Dsthilfe erhalten habe. Die Kritik der Deutschnationalen richtete sich gegen die Ausschaltung der Selbstverwaltung bei der Landwirtschaft und gegen die Ausschaltung der Gläubiger beim Umschuldungsverfahren.

Abg. Lang (S.P.) betonte, daß es notwendig sei, angesichts der traurigen Verhältnisse im ganzen Reich die Dsthilfemaßnahmen auf die gesamte Landwirtschaft auszuweiten.

Reichsminister Schlangensiefen versprach, so bald er die gesetzgeberischen Maßnahmen erledigt habe, den Personalapparat der Dsthilfe derart durchzuführen, daß nur noch solche Persönlichkeiten im Amte bleiben dürfen, die auch tatsächlich voll beschäftigt sind. Der Minister ließ keinen Zweifel darüber, daß eine falsche Sparpolitik nicht von volkswirtschaftlichem Nutzen wäre. Je schneller die Dsthilfe abgewickelt werden könne, desto legerreicher sei es für die gesamte Wirtschaft des Ostens. Seiner Ansicht nach werde der Zustand der Kreditnot im deutschen Osten so lange bestehen, als politisch keine klaren Verhältnisse geschaffen seien. Wenn behauptet werde, daß dem Chef der Dsthilfe ein Recht auf entschuldigungslose Entzignung in grenzenloser Weise zuzustehen sei, so stimme das nicht. Die Mitwirkung weiterer Gläubigerkreise werde in den Ausführungsbestimmungen festgelegt werden. Zur Kritik gegen die Notverordnung erklärte der Minister: Erst heiße es: Die Regierung müsse endlich einmal zu Taten kommen. Und nun, wo die Regierung mit einem festen Entschluß handelt, da kommen dieselben Leute und behaupten, man hätte so nicht handeln dürfen. Der Minister betonte aber auch, daß er aus Kreisen der Landwirtschaft eine große Anzahl von Versicherungen der Freude erhalten habe, die die Maßnahmen der Reichsregierung begrüßen. Die Dsthilfe

wird durchgeführt werden in Verbindung mit allen Selbstverwaltungskörperschaften der Landwirtschaft.

Abg. Kling (S.P.) verlangte die Ausdehnung der Dstnotverordnung auf das ganze Reich und darüber hinaus eine generelle Regelung der Zinsen und Schulden für das ganze Reich. Man könne nicht 10 Prozent Bauern im Osten retten und 90 Prozent im Reich zugrunde gehen lassen.

Abg. Moldenhauer (D.P.) erklärte, das Bedenkliche liege in der immer von neuem erhobenen Forderung der Ausdehnung der Dsthilfemaßnahmen. Es handle sich dabei nicht nur um eine Ausdehnung auf andere Länder, z. B. Bayern, sondern auch auf andere Wirtschaftszweige. Der Redner beantragte, die Industriemulage dahin abzuändern, daß die Umlage den Prozentsatz von 1930 nicht übersteige und von leistungsfähigen Betrieben nicht erhoben werden dürfe.

Abg. Graf Westarp (Volkons.) gab zu, daß der Kredit für die Landwirtschaft im Osten durch die Maßnahmen der Notverordnung einen gewissen Schaden erleidet. Der Redner schlug vor, eventuell die Genossenschaften der Gläubiger einzuschalten. Die finanzielle Unterstützung der Dsthilfe durch die Industriemulage müsse im Prinzip bleiben, wenn man auch bei Erhebung der Industriemulage gewisse Erleichterungen verschaffen könne. Die Hauptfrage sei, daß die Regierung ihre Aufgabe erkannt habe, den Osten vor dem Einbruch des Polens und vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren.

Abg. Beck-Oppeln (Z.) betonte die große nationale Aufgabe der Industriemulage. Als langjähriger Genossenschaftler vorbereitete er sich dann über die Sorgen, die in Kreisen der Genossenschaften jetzt durch die Gefährdung der nachfolgenden Hypotheken entstanden seien.

Abg. Stülken (Soj.) beschäftigte sich mit dem Personalapparat der Dsthilfe, der von vornherein zu groß angelegt worden sei gegenüber den Leistungen, die er mangels Mittel habe vollbringen können.

Abg. Harnke (K.) mißbilligte die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung.

Angenommen wurde eine Entschließung des Abgeordneten Dr. Stolper (St.), worin die Reichsregierung ersucht wird, die Geltung der Notverordnung ist mit dem 30. Oktober 1932 zu beenden und für die Entscheidungen über Sicherungs- und Umschuldungsanträge beim Reichskommissar für die Dsthilfe eine Berufungsstelle zu errichten.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei wurde bis zur Erledigung der allgemeinen Finanzdebatte zurückgestellt.

Arbeitsausschuss deutscher Verbände zur Abrüstungskonferenz

Berlin, 25. Nov. Der Arbeitsausschuss deutscher Verbände veranstaltete eine Kundgebung über das Thema: Deutschland und die Abrüstungskonferenz 1932, wozu zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden erschienen waren. In seiner Eröffnungsansprache wies Gouverneur a. D. Dr. Schmeelcke (D.N.) auf den Rechtsanspruch Deutschlands hin, daß die anderen Nationen die von ihnen übernommene verträgliche Verpflichtung, ihrerseits gleichfalls abzurüsten, erfüllen. Auch das Schlußprotokoll von Locarno erkenne feierlich an, daß diese Friedensleistung Deutschlands die allgemeine Abrüstung beschleunigen müsse. Die kommende Abrüstungskonferenz müsse diesem deutschen Rechtsanspruch Genüge tun. Die heutige Kundgebung solle die Stellungnahme des deutschen Volkes, das nicht gewillt sei, auf die Dauer den Zustand einseitiger Abrüstung zu ertragen, zum Ausdruck bringen. Für den deutschen Anspruch auf allgemeine Abrüstung und die Bedrohung der Sicherheit Deutschlands, das jedem Anreiz ohne die Möglichkeit einer Verteilung ausgesetzt sei, sprach noch für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Generalkommandant a. D. Ritter von Epp, für die Wirtschaftspartei der Reichstagsabgeordnete Sachsenders, für die Deutschnationale Volkspartei der Freigantenkaptän Scheide, ferner für das Zentrum Reichstagsabgeordneter Dr. Bodet, für die Konservative Volkspartei Graf von Westarp, für die Bayerische Volkspartei Reichstagsabgeordneter Graf von Quadt-Jona, für das Deutsche Landvolk Reichstagsabgeordneter Dr. Gerete und für die Deutsche Staatspartei Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer.

Sagung des Verwaltungsrates der Reichsbahn

Berlin, 25. Nov. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte am 23. und 24. November 1931 in Berlin. Seiner Beschlusfassung unterlag die Verwendung der Reichsbahn-Kassenscheine 1931, deren günstiges Ergebnis zum guten Teil auch als der Ausdruck des allgemeinen Vertrauens in die Reichsbahnunternehmen betrachtet werden darf. Der Antrag der Anleihe wird entsprechend den Abmachungen mit der Reichsregierung für zulässige Kautelen der Reichsbahn verwendet, um zur

Vinderung der Arbeitsnot nach Kräften beizutragen. Die Aufträge im Werte von 250 Millionen Mark sollen unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Reichsbahn möglichst den notleidenden Wirtschaftszweigen und Notgebieten im Reich zugute kommen. Bei der Vergebung wird auch darauf geachtet, daß Handwerk und Kleinindustrie besondere Berücksichtigung finden. Von größeren Bauten ist die Elektrifizierung der Wannseebahn hervorzuheben.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner mit der laufenden Einnahmestellung bei der Reichsbahn. Von Jahresanfang bis Ende Oktober wurden gegenüber dem gleichen Zeitraum in 1930 rund 638 Millionen Mark oder 16,5 Prozent weniger eingenommen. Mit dem Jahre 1929 in Vergleich gesetzt, beläuft sich die Mindereinnahme in 1931 auf 1,3 Milliarden Mark oder 2,1 Prozent. Mit diesen Verlusten können die Erparnisse bei den Personal-, sowie Sachausgaben nicht Schritt halten. Seit der Tarifherabsetzung im Oktober 1928 sind für Sondermaßnahmen allein über 150 Millionen Mark aufgewandt worden. Daraus kommen weitere Tarifherabsetzungen mit einem jährlichen Ausfall von rund 65 Millionen Reichsmark. Weitere Tarifermäßigungen für bestimmte Sondergebiete sind entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung in Aussicht genommen. Als notwendige Ergänzung der Kraftverkehrsordnung betrachtet der Verwaltungsrat die seit langem von Reichsbahn erstrebte Renovation im Betriebswesen.

Blutige Arbeitslosenunruhen in der Sibirischen Sowjetrepublik

Moskau, 25. Nov. In Niederirdniewje fanden Arbeitslosenunruhen statt, bei denen die Gendarmen die Waffe gebrauchen mußten. Im Abgeordnetenhaus kam es bei Bekanntwerden dieser Nachricht zu ersten Kundgebungen, da von den sibirischen Abgeordneten das Erscheinen des Innenministers förmlich gefordert wurde.

Amlich wird gemeldet, daß die kommunistische Arbeiterschaft im Freiwälder Bezirk (Schlesien) die Arbeit einstellte, um einen von den Kommunisten vorbereiteten Hungermarsch auf Freiwaldau durchzuführen. Nachdem der etwa 1000 Mann starke Zug in Weidorf durch Gendarmen auseinandergetrieben worden war, wurden die Demonstranten, die nach Freiwaldau weiterziehen wollten, bei Niederirdniewje von Gendarmen angehalten. Die



Aus dem Parteileben

Welchen Weg zeigt der Nationalsozialismus aus der gegenwärtigen Not

Es geht uns folgender Bericht mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Die Ortsgruppe Martinsmoos der R.S.D.A.S. veranstaltete in den letzten Tagen Versammlungen in Zwenberg, Martinsmoos und Watt. Der Redner, Schriftsteller Lorenz aus Stuttgart, dessen letztes Werk „Schuld oder Schicksal Europas“ erst vor kurzem im Verlag von Benz u. Co. in Stuttgart erschienen ist und seiner Sachlichkeit und erschütternden Darstellung wegen großes Aufsehen erregte, sprach über das Thema: „Welchen Weg zeigt der Nationalsozialismus aus der gegenwärtigen Not?“ Der Redner führte in fast zweistündigem Vortrag etwa folgendes aus:

Der Weg aus dem Chaos weisen und aufzeichnen will, muß einen klaren Blick und eine nüchterne Erfassung der Lage für die Geschicke, die den Zusammenbruch herbeiführten und gleichermaßen Umfang und Art unseres Elends ohne jede Schminke erkennen. Das Schicksal Deutschlands ist zum Schicksal dieser gleichartig geworden, die den Untergang dieses europäischen Weltreiches auf dem Gewissen haben. Weltwirtschaftskrise und Tributverpflichtungen haben in allen Ländern der Welt dort, wo die vernünftigen Elemente sitzen, zur Erkenntnis geführt, daß man aus einem in all seinen Teilen verarmten deutschen Volke nichts mehr herauspressen kann, ohne selbst Mitleidtragende zu werden. Wir Deutsche sollten diese Beobachtung uns zu Herzen nehmen und die Gelegenheit, von den Tributaten frei zu werden, mit aller Tatkraft ergreifen. Die Nationalsozialisten haben ihre Stimme für die Erlösung von den Tributlasten seit Jahren erhoben und einen erbitterten Kampf darum geführt. Sie fordern ihre gänzliche Streichung, weil das deutsche Volk schon längst an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist und sich bis zum Weisheitsstand hat auszuzeichnen. Tribute müssen wir zahlen, weil die Kominternregierung vom Jahre 1918 unterzeichnet hat, daß wir allein am letzten Krieg schuld sind. Fällt dieser Schuldparagraph, dann ist es zu Ende mit jeder Schuldenerpflichtung unsererseits. Demnach ist die Hauptaufgabe die, den Beweis unserer Schuldlosigkeit zu erbringen. Lorenz wies an der Hand eines reichlichen Dokumentsmaterials einwandfrei nach, daß die Schuld am Weltkrieg nur auf der anderen Seite liegt, und daß es vor allem und in den letzten kritischen Tagen von 1914 allein die deutsche Regierung gewesen ist, die mit größter Energie einen Weltbrand zu verhindern suchte. Da alle Dokumente über die Kriege im Juli 1914 offenlegen, läßt sich jeder politische und militärische Vorgang heute penibelst nachprüfen. Alle Nachkriegskabnetts Deutschlands haben aber einseitig eine Annäherung an den ehemaligen Feind gesucht und sich um den heiligen Preis der Klarstellung der Schuld herumgedrückt. Sie haben lieber bezahlt und das gesamte Volk an den Bettelstab gebracht. Die wenigsten Deutschen haben eine klare Vorstellung vom Umfang unserer Not. Sie befreit nicht allein in der Verpflichtung, jährlich zwei Milliarden Goldmark in Auslandsgeld zu zahlen, sie ist geradezu furchtbar geworden durch die Tatsache, daß wir durch die Aufnahme geborgten fremden Geldes noch einmal pro Jahr zwei Milliarden Zinsen abführen müssen. Dazu kommt, daß Frankreich vermag, seines aus England und Amerika gehammerten Goldes jeweils an den Börsen der Welt zuzugewinnen Deutschlands spekuliert, wenn wir Geld borgen müssen. Das bedeutet abermals einen Milliardenverlust Jahr für Jahr. Deshalb verlangen die Nationalsozialisten zugleich mit dem letzten Entschuldig, keine Tribute mehr zu zahlen, die Abkehr von der Goldgrundlage. Wenn dies geschieht, machen sie das Wohl und Wehe des deutschen Volkes unabhängig von dem Stand des Auslandsgeldes.

Nachdem der Redner in einigen sachlichen Beispielen aus der Politik der Nachkriegszeit den Beweis erbracht, daß Frankreich keinen Krieg vom Zaun bricht, falls die Tribute eingestrichelt werden, wandte er sich der Frage des deutschen Binnenmarktes zu und stellte fest, daß nicht fünf Millionen Arbeitslose, sondern 45 Millionen deutsche Menschen ohne normale Kaufkraft die Wirtschaft lähmten. Neben Tributlasten und Zinsen drückt das deutsche Volk eine erstickende Wirtschaft zu Boden; aber nur wenn Arbeit geleistet wird, kann verdient werden. Wer Lohn und Gehalt bezieht, ist in der Lage zu kaufen. Ganz ausführlich bewies der Redner, daß 45 Millionen Menschen, die Kaufkraft an allem getrieben haben, was zum Leben gehört, die besten Käufer sein werden, wenn sie einmal wieder Einkommen erhalten. Dies geschieht auf allerlei Arten in dem Augenblick, in dem der deutschen Wirtschaft Schutz und Sicherheit geleistet wird. Eine Wirtschaft, die auf weite Sicht in einem ruhigen Staatskörper sich einstellen vermag, wird ohne Zwang und Noterordnungen das im Ausland noch unsicher angelegte Geld wieder ins Inland zurückbringen, weil es dann rentabler gesteckt werden kann. Der Staat hat obendrein noch dafür zu sorgen, daß der Wirtschaft billige und langfristige Kredite, Inlandsgeld, zugeführt werden. Viele solche Dinge greifen ineinander. Lorenz schloß seine Eingebend und zeigte beweiskräftig, daß sich und sicher ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung kommen muß im dritten Reich.

Mit recht viel Verständnis widmete er sich vor allem auch den Räten der Landwirtschaft und zeichnete auch hier Wege auf, die so klar waren, daß man sich eigentlich wunderte, warum die bisherigen Kabinette sie noch nicht bestritten haben. Voraussetzung für jede Zukunftsbauarbeit ist jedoch der Zusammenbruch des ganzen Volkes, die Überwindung jeglichen Klassenkampfes, die Aufgabe des Eigenwunsches Weniger. Das dritte Reich wird keine Eigennützer mehr kennen, keine Ausbeuter und keine Ausbeuteten. Die Gesamtheit des Volkes ist Richtschnur, nicht wie bisher der engstirnige Profitgeist Einzelner. Die Versammlungen waren in allen Orten sehr gut besucht und der Redner erntete für seine klaren und sachlichen Ausführungen lebhaften Beifall.

Staatsfinanzen u. würtf. Beamtenschaft

Stuttgart, 25. Nov. Von südkundiger Seite wird mitgeteilt: In der Mittwochs-Morgennummer des Stuttgarter Neuen Tagblattes greift ein Beamter den Finanzminister mit einer Reihe von sachlich begründeten Behauptungen an: 1. Es wird behauptet, die würtf. Beamten seien nachweislich am schlechtesten im ganzen Reich gestellt. Das ist nicht wahr. Zur Widerlegung sei nur darauf hingewiesen, daß gleich in unserem Nachbarlande Baden dieselben Gehaltsstufungsbestimmungen gelten wie in Württemberg, dort aber schon vom 1. Juli d. J. ab; folglich ist die Kürzung im laufenden Jahr um 50 Prozent höher. Auch in Hessen ist die Gesamtkürzung der Beamtenbesoldung infolge Uebernehmens zur Nachzahlung der Gehälter erheblich höher als in Württemberg. 2. Die Beschlüsse über Gehaltsstufungen beruhen auf Entschuldigungen des Staatsministeriums, nicht auf einem Diktat des Finanzministers. Der Staatspräsident hat bei Bekanntgabe der Gehaltsstufungen nach der 1. würtf. Rotterordnung schon vor Monatsauslauf ausgedröhnt, daß damit das Ende der Gehaltsstufungen nicht erreicht sein werde. Genau daselbe hat der würtf. Finanzminister jetzt getan, angesichts der sich verschlimmernden Finanzlage und der unbereiflichen Agitation des Würtf. Kom-

tenbundes, der in voller Verkennung der wirklichen Lage Aufnahme der bestehenden Gehaltsfürsorge fordert! 3. Wie soll nach der Ansicht des Einzelnen das Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einnahme hergestellt werden? Soll das württembergische Staatsministerium etwa die Einstellung der Zahlungen aufs Spiel setzen? Eine solche gefährliche Politik hat es allerdings bis jetzt nicht mitgemacht; die Verantwortung dafür muß insbesondere der Finanzminister entschieden ablehnen. Die Neuierungen über kommende weitere Gehaltsstufungen stehen auf der letzten Grundlinie, daß ohne solche Maßnahmen die ungeheuren Fehlbeträge nicht mehr gedeckt werden können. Mit Steuererhöhungen allein können Fehlbeträge in diesem Ausmaß nicht beseitigt werden. Bleiben diese Fehlbeträge aber bestehen, so ist der Staatbankrott eine Frage naher Zeit. Die Beamtenchaft wird dann erst recht den Finanzminister zur Verantwortung ziehen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Flugzeugzusammenstoß. Aus London wird gemeldet: Bei dem Zusammenstoß von zwei englischen Militärflugzeugen, nur wenige Meter über dem Flugplatz Kenley, wurden am Dienstag zwei Fliegeroffiziere getötet. Damit steigt die Zahl der Todesfälle in der englischen Fliegertruppe in diesem Jahre auf 66.

Ein Hirsch tötet einen Treiber. Ein eigenartiger Jagdunfall ereignete sich, wie der „Oberbayerische Anzeiger“ berichtet, bei einer Treiberjagd auf einem dem Herzog von Ratibor gehörenden Jagdgelände. Als die Treiber eine Kette geschlossen hatten, wurde darin ein kräftiger Hirsch festgesetzt, der gegen die Treiberkette hümmte. Das Tier wandte sich gegen einen Treiber und ließ ihm das Gesicht durch das rechte Auge in den Kopf, so daß die Spitze des Geweihs am Hinterkopf herausstrahlte. Der Treiber war auf der Stelle tot.

Eine Tabaksmugglerbande gefaßt. Wie aus Bentheim an der holländischen Grenze gemeldet wird, ist es gelungen, eine große Tabaksmugglerbande dingelt zu machen. Es wurde ermittelt, daß Hamburger Schmuggler größere Mengen Tabak in den Nacht-Dampfern Holland-Hamburg nach Deutschland eingeschmuggelt haben. Im ganzen konnten bisher 12 Personen festgenommen werden.

Bankraub in Schlesien. Am Dienstag mittag wurde auf das Bankhaus Fuhrmann in Ohlau (Schlesien) ein verwegener Raubüberfall verübt. Zwei junge Leute drangen in das Gebäude ein. Während der erste von der allein anwesenden Kassierin Auskunft über Hypothekensachen haben wollte, schloß der zweite die Tür hinter sich zu. Dann überfiel der eine die Kassierin, würgte sie, warf sie zu Boden und drohte ihr mit Erschießen. Er raubte dann den Inhalt der Kasse in Höhe von 2300 RM. Darauf flüchteten beide Täter.

Oberris Tochter gestorben. Die einzige Tochter des früheren Reichspräsidenten Ebert, die mit dem Landrat Dr. Janitz verheiratet war, ist an den Folgen eines Leberleidens im Berliner Urban-Krankenhaus gestorben.

Güterzugzusammenstoß in Rumänien. In der Nähe von Targu erfolgte ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen zwei Güterzügen. Beide Lokomotiven und mehrere Waggons wurden aus den Schienen geschleudert. 12 Bahnbedienstete, unter ihnen die beiden Lokomotivführer, wurden schwer verletzt.

Niederlage der australischen Bundesregierung. Im Abgeordnetenhause geriet die Regierung mit 32 Stimmen gegen eine Opposition von 37 Stimmen in die Minderheit.

Aus dem Gerichtssaal

15 000 Mark verurteilt

Stuttgart, 24. Nov. Ein sehr negatives Resultat erzielte der 21 Jahre alte Kaufmann Karl Kirjauer von Stuttgart mit der Absicht, aus einer Straßenbirne, die er zu seiner Geliebten machte, ein ordentliches Mädchen zu machen, denn er entwendete bei seiner Firma innerhalb von vier Monaten nicht weniger als für 15 470 Mark Scheids, die er einlöste und mit dem Erlös ein Leben in Saug und Braus führte. In der heutigen Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht wurde er nun zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren verurteilt.

Eine wichtige Aussage im Lübecker Prozeß

Lübeck, 25. Nov. In der Zeugenernehmung machte Dr. Kiffem, der Vorsitzende des ärztlichen Vereins in Lübeck, bezüglich der Versammlung dieses Vereins, in der Dr. Jannasch seinen Vortrag hielt, eine so bemerkenswerte Aussage, daß das Gericht beschloß, sie protokolllarisch festzuhalten. Die Aussage wurde wie folgt protokolliert: Ich habe in der Versammlung des ärztlichen Vereins etwa folgendes gesagt: Zwar ist es richtig, daß die medizinische Wissenschaft international ist, und daß man das Gute dort nehmen soll, wo man es findet; aber ich halte mich in diesem Kreise für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß es unter deutschen Ärzten bisher üblich gewesen ist, vor Einführung eines ausländischen Vertriebs die Prüfung unserer deutschen wissenschaftlichen Untersuchungen abzuwarten. Wenn nun gar die Prüfung dieses Vertriebs in Deutschland durch außerpolitisches Umstände erschwert worden ist, indem diese deutsche Prüfungsstelle das Mittel aus außerpolitischen Gründen vorenthielt, so muß man doch Bedenken tragen, dieses Verfahren in Lübeck einzuführen.

Dr. Kiffem fügte zu dieser protokolllarischen Aussage hinzu: Mit dieser Erklärung habe ich im ärztlichen Verein nicht Stellung nehmen wollen zu dem wissenschaftlichen Wert oder Unwert eines Verfahrens. Meine Bezugnahme auf die Vorenthaltung des Mittels aus außerpolitischen Gründen machte ich nicht auf eigene Bestimmung hin, sondern auf eine Bemerkung, die im Laufe der Verhandlung von anderer Seite gemacht worden war.

Diese Aussage veranlaßte Staatsanwalt Freiherm von Wesf. an Dr. Kiffem die Frage zu richten, was er zu dieser Behauptung sage. Dr. Kiffem hatte bei seiner Vernichtung bedauert, es seien zwar Bedenken erhoben worden, diese hätten sich aber auf das politische Gebiet bezogen. Heute erklärt Dr. Kiffem, die Äußerung Dr. Kiffems, daß man die Untersuchungen in Deutschland abwarten solle, sei ihm nicht mehr in Erinnerung.

Sichern Sie sich

unser Schwarzwälder Tageszeitung „Aus dem Taxen“ für den Monat Dezember durch sofortige Bestellung

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Der Postanmelde-, Nachnahme- und Postkastenvorkehrer mit dem Ausland. Mittels Postanmeldungen nach dem Ausland können aus gegen Verweigerung eines amtlichen Reisepasses von einem Abnehmer monatlich insgesamt höchstens 200 Mark oder der Gegenwert hiervon einbezahlt werden, sofern nicht ein besonderer Genehmigungsbescheid des Landesfinanzamts als Stelle für Postanmeldungen vorgelegt wird. Für Maßnahmen derselben im wesentlichen die gleichen Bestimmungen.

Wegen der Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen. In den letzten Tagen haben eingehende Beratungen über die Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen zwischen dem preussischen Handelsminister, der Reichsregierung und dem Reichsbankdirektorium stattgefunden. Die Reichsregierung und das Reichsbankdirektorium vertritt hierbei die Auffassung, daß eine Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen im gegenwärtigen Zeitpunkt der gesamten wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands nachteilig wäre. Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, die Börsen zu öffnen.

Stuttgarter Industrie- und Handelsbörse vom 25. Nov. In der heutigen Industrie- und Handelsbörse notierten: Baumwolle: Cash, Trodel, Bars- und Vincous Nr. 20 1,38-1,42, Nr. 30 1,75 bis 1,79, Nr. 36 1,82-1,86, Vincous Nr. 42 1,92-1,96, Nr. 48 2,10-2,14, Baumwolle: Cretonnes 29-30, Renlances 28,2-29,2, platte Caltune oder Creoles 23,7-24,7, Flennig das Meter. Rohstoffe Börse: Rittmoos, 9. Dezember.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 25. Nov. Weizen märk. 22 bis 25, Futterweizen 205-207, Sommerweizen 225-228, Roggen märk. 196-198, Braunernte 164-173, Futter- und Industrieernte 160-163, Hafer märk. 144-149, Weizenmehl 28-32, Roggenmehl 27-29,35, Weizenkleie 10-10,50, Roggenkleie 10,50-11, Viktoriaerbsen 23-30, kleine Spellererbsen 25-28, Futtererbsen 17 bis 20, Allgemeine Tendenz: schwach. Getreidepreise, Kalen: Kernen 12,50-12,70, Weizen 11,50 bis 12,50, Mischung 12,50-12,50, Roggen 11,50-12,10, Gerste 8 bis 8,40, Haber 5,30-7,50 M. - Leuttich: Weizen 14, Gerste 11,50 M. - Riedlingen: Braunernte 8-8,60, Haber 7,50 bis 7,80 M. - Tullingen: Weizen 13,50-14, Gerste 9-9,50, Haber 8-8,50 Mark.

Wärter

Mannheimer Butter- und Käsebörse Rempten vom 25. Nov. Kolonialbutter 84-100, Verkauf: rubin. Qualitätsauswahl nach Standard der Bormose 9,6 Vicunia, Weißkäse 20 Prozent Fettgehalt (grüne Ware) 24-26, Verkauf: normal. Käse: Emmen- oder 45 Prozent Fettgehalt 1. Sorte 90-97, 2. Sorte 80-85, 3. Sorte 70-74, Verkauf: rubin. Die Preise sind Erzeugerverkaufspreise ab Station des Erzeugers ohne Verzinsung für ein Pfund. Schweinepreise, Kalen: Milchschweine 7-16, Läufer 28 M. - Herrenberg: Milchschweine 10-15, Läufer 22-24 M. - Ritzheim u. L.: Milchschweine 6-18, Läufer 25-60 M. - Oberkesseln: Milchschweine 6-13 M. - Ravensburg: Ferkel 6-15, Läufer 25-35 M. - Riedlingen: Milchschweine 9-10, Mutterchweine 90-115 M. - Saulgau: Ferkel 9-13 M. - Schwendi O.H. Laupheim: Saugschweine 4-20 M. - Tullingen: Milchschweine 6-14 M.

Rundfunk

Freitag, 27. Nov.: 6.15 Uhr Gsmnakk, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Englischer Sprachunterricht, 16 Uhr Frauen der Arbeit, 17 Uhr Konzert, 18.30 Uhr Zeit, Landwirtschaft, 18.40 Uhr Vortrag: „Die biologischen Voraussetzungen der Berufswahl“, 19.05 Uhr Vortragsvortrag: Die Erziehung des Kindes zur selbstigen Geluntheit, 19.30 Uhr Zeit, Wetter, Ueberblick über die Hauptveranstaltungen der kommenden Woche in Esperanto, 19.45 Uhr Vortrag: Kalkulische Grundbegriffe, ihr Wesen und ihre Bedeutung, 20.15 Uhr Manon, 22.20 Uhr Wetter, Sportvorbereitung, 22.45 Uhr Tansmusik.

Sonntag, 28. Nov.: 6.15 Uhr Gsmnakk, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 15.15 Uhr Stunde der Jugend, 16.20 Uhr Schallplatten, 17.05 Uhr Konzert, 18.30 Uhr Zeit, 18.40 Uhr Vortrag: 19.05 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 19.20 Uhr Zeit, Wetter, Sport, 19.45 Uhr Funktechnik, 20 Uhr Ein Wiener Bilderbogen, 22.20 Uhr Wetter, Nachrichten, 22.40 Uhr Tansmusik, 0.20 Uhr Nachtkonzert.

Buntes Allerlei

Das Ende des englischen Luftschiffes „R 100“
Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß die englische Regierung im Rahmen ihres Sparprogramms auch das Luftschiff „R 100“ aufgab, zumal nach den schrecklichen Erfahrungen, die man mit „R 101“, das bekanntlich verunglückte, machte. Das Luftschiff sollte meistbietend versteigert werden. Diese Versteigerung mußte abgelehnt werden, da wie zu erwarten war, sich nur Neugierige, aber keine Interessenten für einen so seltenen Artikel, wie ein Luftschiff es ist, einfanden. Das Luftschiffministerium entschloß sich nun zu einer Ausbiederung in interessierten Kreisen. Man ließ zahlreiche Besichtigungen zu und beforderte die Klienten, denen man auch kostenlosen Hotelaufenthalt gewährte, kostenlos nach Cardington und zurück. Aber die Angebot, die die Interessenten dann machten, waren derart erschütternd, daß sich das Luftschiffministerium nicht einmal entscheiden konnte, sie überhaupt in Erwägung zu ziehen oder mit einem der Reaktionen in Unterhandlung zu treten. Jetzt ist das Luftschiff, wie wir bereits kurz berichteten, auf Abbruch verkauft worden, weil man auf diese Weise wohl immer noch mehr erzielen konnte, als wenn man das Luftschiff betriebsfertig verkauft hätte. Dieses Ende des „R 100“, das fürs erste auch das Ende der britischen Luftschiffahrt bedeutet, erregt in den Fliegerkreisen umso größere Trauer, als man das Luftschiff nicht einmal für schlecht hielt. Es erreichte bekanntlich sogar Geschwindigkeit, die über jenen liegen, die „Graf Zeppelin“ erreichte. Aber die verschiedenen Umbauten ersforderten immer neue Konstruktionen und Verbesserungen, die sehr teuer waren und auch den Unterhalt immer teurer gestalteten. Bis heute hat das Luftschiff mehr als 20 Millionen Mark gekostet, während der Bau anfangs mit 9 Millionen Mark vorgeschlagen war.

Eine Schildkröte mit zwei Köpfen

Die Universität des nordamerikanischen Staates Minnesota bewahrt in ihrer zoologischen Abteilung eine lebende Schildkröte mit zwei Köpfen auf. Das Naturwunder wurde von zwei spielenden Knaben auf einer Insel des Minnesota-Sees zufällig entdeckt. Es stellt eine gewöhnliche Schildkröte dar mit vier gut entwickelten Beinen, einem Schwanz und einer einzigen Darmöffnung. Das einzig Ungewöhnliche ist, daß sich aus dem Gehäuse zwei normal geformte Hälse und Köpfe emporrecken, die eine sehr lebhaftige Tätigkeit entfalten. Es war zunächst nicht einfach, die Schildkröte in der Gefangenhaltung zum Freilauf zu bewegen. Man brachte sie deshalb in die Gesellschaft mehrerer junger, normalgewachsener Schildkröten, die in einem zoologischen Garten aufgezogen wurden. Hier lernte die zweiföpfige



Schildkröte sehr rasch, Nahrung zu sich zu nehmen. Die beiden Köpfe bewegen sich vollkommen unabhängig voneinander. Einmal kriecht der eine, während der andere ruht, zuweilen sind auch beide zu gleicher Zeit mit der Nahrungsaufnahme beschäftigt. Das Naturwunder gedeiht vorzüglich sehr gut. Man hofft deshalb, daß es bis zur vollen Größe auszuwachsen wird. Im allgemeinen sind lebende zweiköpfige Wesen sehr selten. Meistens kommen sie tot zur Welt. Für die wissenschaftliche Beobachtung ist deshalb die zweiköpfige Schildkröte ein besonders wertvolles Objekt. Von der Schildkröte sind mehrere Filmaufnahmen hergestellt worden. Ferner hat man das Tier schon wiederholt mit Hilfe von X-Strahlen photographiert.

Samor

Gerichtsoekstieber (an die verschlossene Tür klopfend): „Ich weiß, Sie sind zu Hause. Ihre Stiefel stehen ja noch hier vor der Tür. — Stimme von innen: „Das beweist gar nichts. Kann ich nicht in Strümpfen ausgegangen sein?“

„Rede nicht so viel, alter Freund, handle lieber! Taten zählen in der Welt, aber nicht Worte!“ — „So? Dann hast du wohl noch nie ein Telegramm aufgegeben?“

„Meine Vorfahren haben bereits die ersten Kreuzzüge mitgemacht. Einer von ihnen war Anführer der Krillerte und hat die Türken in die Flucht geschlagen.“ — „Aber damals war das Pulver noch gar nicht erfunden.“ — „Ich weiß es. Mein Vorfahr baute Kanonen aus Holz. Als die Türken die sahen, glaubten sie, das Pulver sei erfunden und rissen aus.“

Letzte Nachrichten

Frid über Nationalsozialismus und Zentrum
München, 25. November. Im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht Reichstagsabgeordneter Dr. Frid einen Artikel, in dem er sich mit der Stellung seiner Partei zum Zentrum auseinandersetzt. Das Zentrum verlange, so meint Dr. Frid, von den Nationalsozialisten eine grundsätzliche Aenderung ihrer Ueberzeugung, wenn die Nationalsozialisten für das Zentrum koalitionsfähig werden sollten. Darauf aber könne das Zentrum lange warten. Nicht an den Nationalsozialisten sei es, sich zu ändern, sondern am Zentrum. Es sei jetzt fünf Minuten vor 12 Uhr. Heute sei es noch Zeit, daß sich das Zentrum eines Besseren besinne. In einigen Wochen und Monaten sei es zu spät.

Privatförster erschossen
Freienohl (Kreis Arnberg), 26. November. Gestern mittag wurde bei Freienohl der Privatförster Stof — vermutlich von Wilderern — erschossen aufgefunden.

Das Schwedische Reichsbankdirektorium verlangt weitere Befreiung von der Goldbeinlösungspflicht
Stockholm, 26. November. Wie die Schwedische Telegraphenagentur erfährt, hat das Reichsbankdirektorium beschloffen, die Regierung um weitere Befreiung von der Goldbeinlösungspflicht zu ersuchen.

Zum Nord an Frau von Hennigs

Anklam, 25. November. Die Vernehmung des verhafteten Försters wurde heute vormittag nach kurzer nächtlicher Pause wieder aufgenommen. Er ist jetzt überführt, die Falle selbst gelegt zu haben. Die noch frischen Fingerabdrücke auf dem Gewehr, die gesichert werden konnten, haben das bewiesen. Er hat noch nicht gestanden. Die Kriminalpolizei ist der Ansicht, daß er nicht aus eigener Initiative gehandelt hat, sondern daß es in der Sache einen Anstifter gibt, der ihn bewog, den Anschlag auf einen der beiden Ehegatten auszuführen. Man nimmt an, daß er dem Manne gält.

Gekörben

Freudenstadt: Marie Gaiser geb. Stuft, 50 Jahre alt.
Wittlensweiler: Berta Haist geb. Haist, 54 J. a.

Wutmaßliches Wetter für Freitag

Wenn auch der Luftdruck wieder etwas ansteigt, so ist für Freitag in Folge der atlantischen Luftströmungen immer noch vielfach bedecktes und unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der B. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Betten
sowie sämtliche
Aussteuer-Artikel
kaufen Sie vorteilhaft
im bewährten
Aussteuerhaus
Chr. Schwarz
Nagold

Altensteig
Freitag von morgens 9 Uhr
wird in Freibanklokal
prima gesundes
Schweinefleisch
ausgehauen, das Pfd. zu 60 ¢
Armbreiter z. „Schwanen“.

Altensteig
Bereits neuen
Grammophon
samt 20 Platten hat billig
zu verkaufen.
Wer — ? jagt die Geschäfts-
stelle des Blattes.

LUGER
— auch diese Woche
billige Gefährte!
Heute frisch einge-
troffen:
Kablan groß u. mittl.
ohne Kopf Pfd. 25 ¢
Kablan-Kleinet
Pfund 42 ¢
Frische Bäcklinge
Pfund 30 u. 37 ¢
Frisch-Gemüse:
Blütenweiser
Blumentohl von 35 ¢
Spinat
Kohlrabi
Rotkraut
Wirsing
süße Mandarinen

Inserate
bitten wir uns frühzeitig

Altensteig-Stadt.
Zu der am Samstag, den 5. Dezember 1931 von
nachmittags 1—8 Uhr stattfindenden

Gemeinderatswahl

sind die nachstehenden gültigen Wahlvorschläge eingereicht worden, welche hienit bekanntgegeben werden. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Wahlvorschläge Nr. 1 und 2 miteinander verbunden sind. Die Frist zur Einreichung von Verbindungserklarungen läuft am Samstag, den 28. ds. Mts. nachmittags 7 Uhr ab. Etwaige weitere Verbindungen von Wahlvorschlägen werden nach Fristablauf noch besonders bekanntgemacht. Es können nur solche Bewerber gewählt werden, die in den öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen aufgenommen sind. Der Stimmzettel darf höchstens 7 Namen enthalten; der Wähler darf jedoch innerhalb dieser zulässigen Gesamtstimmenzahl einem Bewerber durch Wiederholung des Namens oder Beifügung von Zahlensymbolen bis zu 3 Stimmen geben.

Vorsiehender des Hauptwahlvorstands:
Bürgermeister Pfizenmaier.

Gültige Wahlvorschläge:

Nr. 1 „Gemeinnutz vor Eigennutz“:

- Luz Hermann, Gerbermeister
- Kalmbach Christian, Bern.-Akt.
- Bauer Friedrich, Maschinist
- Hegler Paul, Baumaterialienhandlung
- Wieland Albert, Sparkassenbuchhalter
- Ruppert Erwin, Oberfeuerleitender.

Nr. 2 „Mittelstand“:

- Frey Paul, Kupferschmiedmeister
- Schlittler Alfred, Buchdruckermeister
- Steb Karl, Buckermeister
- Kalmbach Frh., Hauptlehrer
- Luz Karl, Gastwirt zum „Bad“.

Nr. 3 „Das arbeitende Volk“:

- Kolbe Wilhelm, Lokomotiofuhrer
- Pfeffer Ernst, Elektromechaniker
- Schmidt Hermann, Silberarbeiter
- Luz Hermann, Holzhauser und Landwirt
- Besher Frh., Metallarbeiter
- Bauer Karl, Eisenbahnschaffner
- Stumpert Jakob, Plasterei

Nr. 4 „Kommunistische Partei“:

- Hennefarth Gottlieb, Silberarbeiter
- Silberhorn Gustav, Galvaniseur
- Bader Friedrich, Schreiner
- Hennefarth Friedrich, Silberarbeiter
- Diefenbach Ferdinand, Elektromonteur
- Kothfuß Johannes, Schreiner

Nr. 5 „Christlicher Volksdienst“:

- Müller Heinrich senr., Flachnerobermeister
- Wagner Gottlieb, Schneidermeister
- Stidel Daniel, Silberarbeiter
- Linl Maximilian, Maschinearbeiter
- Kirn Christian, Malermeister

Nr. 6 „Gemeinwohl“:

- Zimmermann Heinrich, Fabrikant
- Walz Jakob, Fabrikant
- Echard Frh., Kaufmann
- Schwarz Jakob, Bäcker und Wirt
- Luz Albert, Metzger und Wirt

Nr. 7 „Gemeindeinteresse“:

- Brenner Martin, Sattlermeister
- Henßler Adolf, Zimmermeister
- Blais Karl, Konditormeister
- Walz Joel, Maurermeister
- Wohner Friedrich, Kehlhandler

Altensteig
heute Donnerstag eingetroffen



Schwanz ohne Kopf 1 Pfd. 35—40 ¢
Fischfilet, Kadlrau 1 Pfd. 45 ¢
Kieker Backlinge 1 Pfd. 35 ¢
bei
Chr. Burabard jr.

Advents-Kerzen
samt Halter
empfiehlt
Chr. Schmid
Marktplatz, Altensteig.
Inserate
haben jederzeit besten
Erfolg!

Strickwolle
gute Qualitäten
100 gr
Mk. -.45, -.60, -.90
Sportwolle
100 gr
von Mk. 1.— an
Chr. Schwarz, Nagold
Bahnhofstr. // Marktstr.

der klub
zur
blauen apfelsine



VON WILLIAM F. MAKIN
Londoner Kriminalroman aus der Welt des Brillanten-Schmuggels. Zaher Kampf um den raffinierten „Apfelsinen-Trick“, Geheimnis und wertvollster Besitz eines Schmugglerklubs
Als neuester Gallos Ulsteinbuch für 1 Mark
Zu beziehen durch die B. Kiefer'sche Buchhandlung Altensteig.

Suche sofort gegen 1. Sicher-
heit und guten Zins
1000.- Markt
Angebote an die Geschäf-
stelle des Blattes.

Rollenpapiere
(Einwickelpapier)
für Rollen-Abreib-
Apparate
empfiehlt die
B. Kiefer'sche Buchhandlg.
Altensteig
Lengenloch.
Eine hochtachtige
 **Ralbin**
verkauft
Christian Repler.

Bei hartnäckigem
Husten
Keuchhusten der Kinder, Bronchialka-
tarrh, Verschleimungen
TUMA-Hustensaft
Zu haben in allen Apotheken.

KAUFHAUS SCHOCKEN
PFORZHEIM



Ulster-Paletots
Ulster-Paletots, die neue Form,
mit der breiten Schulter und
dem schnittigen taillierten Rück-
ken, ganz auf guter Kunstseide
gefüttert, mit breiter Hanselrolf-
haar- und Reinleinen-Einlage
„Frit“ blau, marengo oder Dia-
gonalstreifen, braun, blau, grau
Preisgruppe 2 **38.—**
„Walter“ reinwollener Velour,
blau, grau, marengo oder braun
Preisgruppe 3 **50.—**

